

konnten, ebenio wenig Maßregeln, welche ihre Freiheit im Innern unter jene der übrigen Länder herabziehen würden. Wir verlangen für sie die gleiche Stellung, wie sie der evangelischen Kirche zukommt, nicht mehr und nicht weniger. Sollte hierin überhört ein Uebelmaß stattfinden und verlangt werden, so ist die Kirche eben der Gegner des modernen Staates und des einzelnen freien Mannes und sie kann es von dem Ginen und dem Andern erleben, daß diese im Schutze des eigenen Rechtes, den Ultramontanen vornehmlich auch dies Wort zukommen: Macht geht vor Recht! und Gott sei Dank die Macht ist noch nicht ganz an Rom verloren gegangen!

Politische Uebersicht.

Wien, 5. August.

Von dem infamirten Seite erhalt die „Tagespost“ folgende Mittheilung: In derselben Sitzung des Ministerrathes, in welcher die Aufhebung des Concordates beschlossen worden war, wurde auch die Frage der Wiedereinführung des Placetum regium aufgeworfen. In einem weitläufig motivirten Vortrage legte Minister Strametz die gewichtigen Bedenken dar, welche ihn bewegen mußten, die Einführung des Placetum regium nicht zu befürworten. Seine eingehend detaillirten Auseinandersetzungen suchten vor Allem den Beweis herzustellen, daß das Placetum regium dem Geiste der Zeit nicht mehr entspreche und daß es vor Allem mit den bestehenden Staatsgrundgesetzen, insbesondere mit dem Gesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger nicht in Einklang zu bringen wäre. Der Artikel 13 des Gesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger gewährt diesen ohne Unterschied das Recht, durch Wort und Schrift ihre Meinungen innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern. Das Placetum regium, als ein Act der absoluten Gewalt und des Polizeistaates, mache jede bürgerliche Veräußerung von der Genehmigung des Monarchen abhängig, eine Maßregel, die mit der obgenannten Bestimmung des Gesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger und mit dem Art. 14 desselben Gesetzes in directem Widerspruch sich befindet, nach welchem Jedermann die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährt ist. Diese Bestimmung ist auch der Grund, weshalb die Regierung die Proclamation des Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht verhindern oder verhindern wird. In so lange die Unfehlbarkeit einfach als Glaubensdogma hingestellt wird, können ihrer Verkündung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Sollte jedoch mit der Proclamation die Unfehlbarkeit, von welcher Seite auch immer, nur der Versuch gemacht werden, entweder durch Wort oder Schrift oder auf sonstige Weise in die Sphäre des Gesetzes einzugreifen, so wird es Sache der hiesigen Organe sein, d. h. d. hiesigen Schlichter mit der vollen Autorität dieses Gesetzes entgegenzutreten. Diese Argumente hatten auch den Ministerrath einmüthig bewegt, in Gemäßheit des Antrages des Herrn Galtus- und Unterrichtsministers v. Strametz die Wiedereinführung des Placetum regium fallen zu lassen.

Zur Aufhebung des böhmischen Landtages schreibt man der „Tagespost“ aus Wien unterm 2. d.: Die Aufhebung des böhmischen Landtages ist über ausdrücklichen Wunsch des Kaisers erfolgt, der in einer, Mittwoch oder Donnerstag abgehaltenen Ministerconferenz auf die Nothwendigkeit einer Herbeiführung des inneren Friedens gegenüber der drohenden allgemeinen Lage hinwies. Dem Kaiser selbst ist wieder Erzherzog Albrecht jene Nothwendigkeit in dringender Weise nahe gelegt und die specielle militärische Bedeutung des Kronlandes Böhmen für eine eventuelle kriegerische Action betont haben.

Die diplomatischen Enthüllungen dauern fort, die französischen und preussischen Staatsmänner sagen jetzt vor aller Welt, was sie ohne Zweifel schon lange im Stillen über einander gedacht haben, als der mündliche und schriftliche Verkehr nach von Ausdrücken der Hochachtung und Höflichkeit überfließ. Heute hat Gramont das Wort: „Bismarck hat das Recht auf Glauben verloren“, sagt er am Schluß seiner im Telegramm mitgetheilten Depesche, die besonders auch dadurch bemerklich wird, daß sie den preussischen Minister beim russischen Hofe anzuschwärzen sucht. Ergänzt wird diese Depesche durch eine andere, welche Lord Granville am 29. Juli an den englischen Botschafter in Paris richtete und noch vor der Abfertigung im Oberhause verlas. Sie ist nur die Wiedergabe einer Depesche Gramont's, die Granville selber am Tage vorher von dem französischen Gesandten Cavallette mitgetheilt worden war. Sie läßt Bismarck's Anklagen auf diesen zurückzuführen und sagt unter Anderem:

„Seit dem Jahre 1865 schon bemühte sich Herr v. Bismarck fortwährend, seine Pläne durchzuführen, daß er beabsichtigt war, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf Gebietserweiterung zu richten. Dem damaligen Chargé d'affaires in Berlin, Marquis de Lesseps, sagte er, daß Preußen das Recht Frankreichs berechtigt anerkennt, seine Grenzen dahin, wo französisch gesprochen wird, auszuweiten, womit er außer Belgien gewisse Schweizer Cantone andeutete.“

Die italienische Regierung lebte ab, auf diese Enthüllungen einzugehen. Im darauffolgenden Jahre, unmittelbar nach der Schlacht von Solfero, wurden dem M. de Lesseps in Brüssel ähnliche Vorlesungen gemacht, und bei dieser Gelegenheit sagte ihm Graf Bismarck, daß der Weg, den Frankreich einschlagen habe, vollkommen klar gegeben sei. Die französische Regierung sollte sich an den König der Belgier wenden und diesem erklären, daß der unvernünftige Gebiets- und Einflußzuwachs Preußens höchst benachteiligt für ihre Sicherheit sei, und daß das einzige Mittel zur Vermeidung dieser schädlichen Ergebnisse in einer so engen Verknüpfung der Schicksale Belgiens und Frankreichs liege, daß die belgische Monarchie, deren Autonomie jedoch respectirt werden sollte, eine thätigkeithaltige Schutzmauer für die Sicherheit Frankreichs im Norden werde.“

In einem weiteren Berichte über eine mit dem Grafen Bismarck im Juli 1866 geflossene Unterredung veranschlagt der französische Botschafter seine Regierung, daß er nichts Neues mittheile, indem er melde, daß Herr v. Bismarck der Meinung sei, daß Frankreich in Belgien Einfluß zu gewinnen, und daß er sich erheben habe, weshalb zu einem Einverständnis zu gelangen. Die italienische Regierung — so führt der Herzog von Gramont fort — lebte ab, die belgischen Verhältnisse geben zu sehen, und als sie, zu einer späteren Zeit, auf die Rectification ihrer Grenzen bedacht

übermals von dannen. Diesmal verschwindet er in dem Gemirr des Urwaldes, allein zu stolz darauf, der Gefahr entgegen zu sein, verpöht er der Klugheit und stößt frohlockend seinen gellen Wahrspruch: „Mituh! Mituh!“ weithin vernehmlich aus. (Fortsetzung folgt.)

Notiz.

Die in Schäßburg wohnhaften Eheleute Theodor und Marie Mayer lebten schon seit längerer Zeit in fortwährendem Unfrieden und kamen endlich zur Einsicht, daß es für Beide zweckmäßiger wäre, wenn sie sich scheiden ließen. Zu diesem Behufe begaben sie sich zum Geistlichen ihres Bezirkes und ersuchten ihn, die rituelle Trennung vorzunehmen. Als der Seelsorger aber sie vorerst zur Einnahme mahnte, enthielt die Gattin alle Fehler ihres Mannes, worüber dieser so sehr in Zorn gerieth, daß er seine Ehegattin nicht in Ort und Stelle in Gegenwart des Geistlichen mitnahm. Die Gattin konnte sich ferneren Mißhandlungen nur durch eine schnelle Flucht entziehen und setzte sich in die Schanzflucht des Többlers. Allein schon kurze Zeit darauf folgte der Gatte auch dorthin, war jedoch jetzt schon mit ganz anderen Gesinnungen erfüllt. Er mochte vielleicht in sich gegangen sein und sein Unrecht eingesehen haben, denn nun forderte M. die Bestimmte unter verschiedenen Bedingungen auf, ihm nach Hause zu folgen, wo eine Veröhnung stattfinden sollte. Die Gattin jedoch, zu sehr beleidigt, ging auf ein solches Anerbieten um so weniger ein, als sie die Nichterfüllung der Bedingungen nur zu oft erfahren hatte. Mit einem kurzen „Nein“ verließ sie das Lokal und trat auf die Gasse. Kaum sie indessen den ersten Schritt über die Schwelle gethan, als der Gatte ihr während nachstürzte, sie mit der linken Hand sogte und mit der rechten ihr ein Messer in den Unterleib steck und demselben aufdrückte, daß die Gebärmere herausgingen. Mit einem Schmerzensschrei und einem Ausrufe um ihre jetzt verlassenen Kinder, brach die Arme zusammen und nach schon nach einigen Stunden. Zeuge dieses Schauspiels war eine zahlreiche Menschenmenge. M. wurde sofort in Haft genommen. Leugnete aber trotz der Zeugenaussagen die That. Dem gerichtlichen Urtheile zufolge erhielt nun M. vierzehn Jahre schweren Kerkers, dies indessen jedoch dem Unmenschen zu viel, er appellirte also. Die königliche Kammer sprach ihm indessen den G. l. g. zu, aber auch das gegen appellirte nachträglich die M. und der höchste Gerichtshof befähigte nach drei Jahren endlich verurtheilt. Somit ist M. für die Kerkerhaft in der Dauer von 3 v. a. n. 3 j. Jahren endgültig verurtheilt.

war, lebte sie ausdrücklich ab, in der betreffenden Discussion den Namen Belgien zu erwähnen. Der Herzog von Gramont hebt ferner hervor, daß wenn seine Regierung sich wirklich mit den belgischen Plänen gegen Preußen durchzuführen, welches letzteres bloß bestrebt ist, die Früchte seiner Siege sicherzustellen. Diefelben Anmerkungen wurden zur Zeit der Luxemburger Aaire wiederholt. Sie wurden von Seite der Kaiser's unwillig aufgenommen und kategorisch zurückgewiesen.“

Cavallette stellte dem englischen Minister noch weitere Mittheilungen in Aussicht. Benedetti ist fertig mit seiner Carriere. Er wird sogar von französischen Regierungsblättern wegen seiner Ungeheißlichkeit und Naivetät, die er Bismarck gegenüber bewies, scharf angeklagt.

In Paris scheint die Siegeswonne nicht im Abnehmen zu sein. Girardin, welcher ein neues Blatt „La Victoire“ erscheinen lassen wollte, und nur auf den ersten Sieg der Franzosen wartete, um mit diesem sein Blatt zu eröffnen, hat seinen Plan bereits aufgegeben. Pariser Blätter berichten ferner, daß die spanische Regierung in Paris Erklärungen über die auf Spanien bezüglichen Stellen des Gramont'schen Rundschreibens gefordert hat.

Aus Florenz, 31. Juli, wird gemeldet: „Der preussische Gesandte am römischen Hofe, Herr v. Arnim, ist für eingetroffen und beschränkt sich nach Berlin, wie es heißt, wegen Abzugs der Franzosen aus Rom.“ Am 31. Juli waren in Gibraltar etwa alle Occupationstruppen marschbereit. Die Einschiffung der Truppen hat begonnen. Mit dem 10. August dürfte auch der letzte Franzose den päpstlichen Boden verlassen haben.

In Italien hat der preussisch-französische Krieg eine sehr gefährliche innere Krise heraufbeschworen, welche von großem Einfluß auf die Haltung der Regierung der Halbinsel werden kann. Die franzosenfeindliche Politik stößt auf so heftigen Widerstand, daß Menabrea den Staatsrath anempfehlte, während die demokratische Partei ihrer Mitglieder nach Garibaldi wandte, um sich mit Garibaldi zu verbinden. Der „Gonf.“, jetzt das eigentliche Regierungsgesetz, bringt folgende Erklärung zum Abzug der Franzosen aus Rom:

„Die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Kirchenstaate ist eine beschlossene Sache. Die kaiserliche Regierung hat, wenn wir recht berichtet sind, dem heiligen Stuhl Mittheilung von dieser Entscheidung gemacht, welche übrigens keine Gefahr für die päpstlichen Staaten nach sich ziehen wird. Zur Zeit des Abchlusses der französisch-italienischen Convention von 1864 konnte man noch Bedenken wegen der Haltung der römischen Bevölkerung schöpfen. Die Ereignisse von 1867 haben aber klar bewiesen, daß der Papst vor der revolutionären Partei im Innern nichts zu fürchten hat, und daß die einzige Gefahr für ihn von Außen kam. Dieser Gefahr wollte das französische Cabinet mit dem Art. 1 der Convention begegnen, in welchem die italienische Regierung sich verpflichtet, das päpstliche Gebiet nicht anzugreifen, noch anzugreifen zu lassen. Die Ausführung dieses Artikels ist vollkommen gesichert. Man konnte sehen, in welcher sympathischer Weise sich Herr Visconti-Venosta im Florentiner Parlament über Frankreich ausdrückte und wie entschieden er sich gegen jeden Act verwarfte, der uns in diesem Augenblick Verlegenheiten bereiten könnte. Diese so edle und loyale Sprache ist in Uebereinstimmung mit den von dem Florentiner Cabinet übernommenen Verbindlichkeiten; die italienische Regierung hat den festen Entschluß, die Convention von 1864 auszuführen, und wir können hinzufügen: sie hat auch die nöthige Kraft dazu. Der Abzug unserer Truppen von Rom ist uns durch die Nothwendigkeiten des Krieges anverleitet; die Sicherheit des heiligen Vaters, die Zugewandtheit seines Gebietes haben zur Wichtigkeit die Ehre der italienischen Bevölkerung und die Energie ihrer Regierung.“

Großen Trost dürfte der Papst schwerlich aus diesem officiellen Gesandten schöpfen, und die „Integrität“ seines Gebietes schließt noch nicht aus, das Pius IX. demnach unter italienischen Schutz gestellt wird, angedeutet um ihn gegen die Rebellen zu schützen.

Der N. N. Z. wird aus Rom, 30. v. M., berichtet: „Dem Cardinal Antonelli ist von dem französischen Vorkämpfer eine Note übergeben worden, worin derselbe von der Räumung des Kirchenstaates durch die Occupationstruppen verhandelt wird. Der Nuntius Schigi wird von Paris hier erwartet. Der Kriegsminister hat die Zurückziehung der Schanzen vor den Thoren der Stadt anbefohlen. Alle Truppen aus den Provinzen werden hierher gezogen.“

Vom Kriege.

Wien, 5. August.

Jetzt kann man unzweifelhaft sagen: der Kampf hat ernstlich begonnen. Saarbrücken und Weissenburg zeigen, daß man auf beiden Seiten schlagfertig und schlagkräftig ist. Als sollte in dem großartigen Kampfe der sich vorbereitete und mit ganz neuen Zerwürfungen im Geführt wird. Alles neu sein, beginnt derselbe mit der ungewohnten Erscheinung, daß eine jede der feindlichen Parteien auf dem eigenen Gebiete unterliegt: die Preußen vor und in Saarbrück, die Franzosen bei Weissenburg. Das ist Zufall. Aber der Zufall konnte gar nicht eintreten, wenn man nicht beiderseitig die gegnerische Grenze zu forciren und in die Offensive zu treten begonnen hätte. Die noch vor wenigen Tagen stark verbreitete Meinung: die Preußen wollten sich vorläufig auf die Defensiv beschränken, ist sichtlich thörichtlich widerlegt.

Jedenfalls bleibt das Treffen vom 4. l. Mts. wie jenes von 2. l. M. nur eine mehr oder weniger ausgedehnte und lebhaftere Recognitionsoperation. Aber in beiden Fällen bekundeten Umfang und Richtung der Operation den Entschluß zur sofortigen Ergreifung der Offensive, zur Uebertragung des Angriffes auf's gegnerische Gebiet; mit anderen Worten: zum Losschlagen um jeden Preis und zum energichsten Losschlagen.

Der Sieg der Franzosen bei Saarbrücken, schrumpft immermehr zusammen, wie dies aus den weiter mitgetheilten Telegrammen erhellt. Die ersten Nachrichten liegen eine angebliche Division Freytag gegen drei preussische Divisionen freigelegt aufzutreten, und verjagen. Nun heißt es schon, es seien die vorgeschobenen Positionen lebhaft mit dem Bajonnet genommen, hierauf erst die von 20,000 Preußen besetzte Stadt Saarbrücken von der Artillerie beschoßen worden. Die französischen Truppen campiren nun auf den weggenommenen Positionen und Saarbrücken sei von denselben nicht besetzt worden, weil es eine offene Stadt (?) ist.

Die Franzosen scheinen sich über das Mißlingen der Eroberungen der Saarübergänge zwischen Saarbrücken und St. Johann, zu welchem Zwecke sie unzweifelhaft den Angriff unternommen haben, zu ärgern, und werden noch weitere Anstrengungen machen müssen. Da die Franzosen trotz aller gegenwärtigen Behauptungen und Combinationen der im gegenwärtigen Augenblicke aufgetauchten Privatfragen und Factoren den eingeschlagenen Weg zur Umgehung der Positionen von Kaiserslautern unabänderlich festhalten werden, weil er der kürzeste und beste nach dem vorgestreckten Ziele ist: so ist's wohl auch für jeden Laien in der Kriegskunst einleuchtend, daß es französischerseits ein großer Fehler gewesen wäre, sich nicht der Passage über die Saar zu bemächtigen, falls dies nämlich im Bereiche der Möglichkeit lag. Es geschieht dies im Krieg so häufig infir emäßig, die Verfolger drängen den Wertheliger über die Brücke nach und setzen sich dort fest. So thaten es die Franzosen 1859 bei Melegnano, und so würden sie auch bei Saarbrücken gehandelt haben, wenn ihnen die Haltung der Gegner nicht imponderant hätte.

Wie dem auch sei, die Franzosen müssen sich nun den Uebergang über die Saar erkämpfen, was angesichts der dominirenden deutschen Stellung am rechten Ufer seine besonderen Schwierigkeiten haben wird.

Die „N. N. Presse“ sagt über das Weissenburger Gefecht: Nach dem Berichte des Kronprinzen haben der Division Douai (höchstens 14,000 Mann) drei deutsche Corps (mindestens 100,000

Mann wahrscheinlich 120,000 Mann) gegenübergestanden. Die preussische Uebermacht ist sonach eine mindestens neunfache gewesen, und der Vortheil der günstigeren Stellung der Franzosen ging wohl durch die Ueberlegenheit verloren. Daß das 5. preussische Corps (Posen und Niederlande) ganz an dem Kampfe theilhaftig war, geht aus der Mittheilung hervor, das Königsgranadier-Regiment und das 50. Infanterie-Regiment seien engagirt gewesen. Nun gehört das Grenadier-Regiment zur ersten, das 50. Infanterie-Regiment zur zweiten Division des 5. Corps. Da die Preußen ihre Divisionen nicht zerreißten, sind mindestens 40,000 Mann Preußen im Kampfe gewesen. Wenn die anderen beiden Corps auch nicht im Feuer waren, so wäre doch ihre bloße Anwesenheit auf dem Schlachtfelde von großer Bedeutung gewesen. Nun ist es gerade ein Triumph der preussischen Führung, daß dem schwachen französischen Corps eine so ungeheure Uebermacht entgegengeführt wurde; aber diese 120,000 Mann haben nach eigenem Eingeständnisse nur unter schweren Verlusten den Geißberg erklimmen können, und die Zahl der Gefangenen wird auf nur 500 angegeben. Das zeigt für eine besondere Thätigkeit der französischen Officiere und vielleicht auch für die Ueberlegenheit der französischen Bewaffnung. War der Ueberfall der Division Douai der Beginn größerer Operationen, so dürften diese darauf berechnet sein, die Armee Mac Mahon's gegen Süden zurückzuweisen und sie so von der Armee Bazaine's zu trennen. Das Rheinalb budgetet sich nämlich in der Südost-Ecke der Pfalz (dem Bienwalde) und von der Strecke Seltzfort Louis aus (Hagenauer Wald) in das Haardtgebirge ein. Beide sumpfige waldige Niederungen werden geschieden durch einen durchschnittlich anderthalb Meilen breiten Höhenrücken, dessen nördliche Abdachung am äußersten Ost-Ende von Lauterburg, und im Westen, wo die nördliche der beiden Rheinalb-Endungen durch den Mühlendal abgezogen wird, von Weissenburg gebildet wird. Mit dem Geißberge zugleich haben die Preußen die Chaußée und die Eisenbahn nach Hagenau und Straßburg im Besitze. Das coupirte Terrain südlich von Weissenburg gestattet keine großen Gefechte mehr. Entweder also nehmen die Franzosen Weissenburg wieder, oder sie finden ihren besten Operationshaß in das pfälzliche Rheinalb beraubt, und können erst bei Hagenau, am Fuße des Mittel-Haart, einen unumfassenden Widerstand leisten.

Wien, 6. August. Die „Morgenpost“ bringt eine Meldung aus Kolmar vom 5. d. Abends: Seit heute Morgens große Schlacht zwischen Straßburg-Saarbrücken. Ausgang noch unbekannt.

Paris, 5. August. Gestern wurden bei Weissenburg drei Regimenter (Division Douai) und die dazu gehörige leichte Kavallerie-Brigade von sehr beträchtlichen feindlichen Streitkräften angegriffen, welche sich in den Wäldern am Lutterflus angeammelt hatten. Die Franzosen leisteten mehrmüthigen Widerstand, zogen sich aber schließlich auf den Col de Pigeonnier zurück, wo wo man die Eisenbahnlinie Biisch beherrscht. General Douai fand seinen Tod in diesem Gefechte, eine unbrauchbar gewordene Kanone fiel in Feindeshand. Mac Mahon concentrirt die Truppen in seiner Stellung. (Col de Pigeonnier, Sultkopf, ist eine bewaldete Höhe südlich von Weissenburg, welches von dort aus dominirt wird.)

Paris, 6. August. Die offizielle preussische Depesche, welche bei Weissenburg die numerische Ueberlegenheit der preussischen Macht konstatairte, brachte einen guten Eindruck hervor.

„Gaulois“ zufolge sollen die Verluste der Preußen bei Weissenburg 7000 Mann betragen.

Die offizielle Nachricht meldet, daß Mac Mahon mit einem Armeecorps die starke Position besetzt hat. Alle Armeecorps sind in telegraphischer Verbindung mit einander.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Wien, 3. August. Unterhausung. Präsident Somssich Schriftführer Széll; Minister: Debekovits, Göttöcs, Horové, Horváth, Kerkapolyi, Szlavy. Nach Erledigung der Formalien überreicht Finanzminister Kerkapolyi die vom Könige sanktionirten Gesetze über die Nachtragscredite des Kautus- und Landesverteidigungsministers und über die Einberufung der Rekruten.

Der Gesetzesentwurf über die Aenderung des Abhanggesetzes wird hierauf in dritter Lesung angenommen.

Finanzminister Kerkapolyi überreicht das allerb. Rescript in Betreff des Schlusses der ersten und der Eröffnung der zweiten Reichstagesession zur Verlesung und Ueberlesung an das Oberhaus. Das allerb. Rescript lautet:

Wir Franz Josef I, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und apostol. König von Ungarn. Den getreuen Bannerherren, geistlichen und weltlichen Würdenträgern und Abgeordneten unseres geliebten Ungarn und der Nebenländer, welche auf dem durch uns auf den 20. April 1869 in die königl. Freistadt Pest einberufenen Reichstag versammelt sind, Unseren Gruß und Unsere Gnade.

Liebe Getreue! Indem wir die erste Session des am 24. April 1869 eröffneten Reichstages 1869—72 hiermit schließen, erklären Wir zugleich die Session als für den 4. d. M. einberufen. Denen Wir übrigen in f. und f. Gnade und Guld dauernd gewogen bleiben.

Wien, 3. August 1870. Franz Joseph m. p. Graf Julius Andrássy m. p.

Präsident Somssich ergreift zur Schlussrede das Wort: Aus dem eben verlesenen allerb. Handschreiben hat das geehrte Haus ersehen, daß es unserm allerb. Könige gefiel, die erste Session des gegenwärtigen Reichstages zu schließen und zur Eröffnung der nächsten Session den morgigen Tag zu bestimmen.

Wenn es bloß eine Formalität wäre, geehrtes Haus! daß der Präsident zum Schluß einer jeden Session eine Abschiedsrede halte, würde ich die kostbare Zeit des geehrten Hauses gewiß nicht in Anspruch nehmen, um durch meinen Vortrag Ihre ohnehin vielleicht erschöpfte Geduld neuerdings zu erproben. (Hört!) Aber ich glaube, daß die Schlussrede des Präsidenten eine Art der Rechenschaftslegung sei, welche die Legislative der Nation schuldet, damit diese die Früchte der Arbeitsamkeit ihrer Vertreter sehe und bewerte; damit Jedermann sich orientiren könne, was und wie viel man von der nächsten Session erwarten soll und kann. (Beifall.) Dieser Pflicht will ich mit Erlaubnis des geehrten Hauses möglichst kurz nummehr nachkommen. (Hört!) Meiner theils nun verschiedene weniger interessante Daten über die inneren Angelegenheiten des Hauses mit und resumirt hierauf die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses in Folgendem: Es wurden eingereicht: 31 Anträge, 64 Beschlusstränge, 228 Interpellationen, (Heiterkeit) 130 Gesetzesentwürfe, 1859 Petitionen und schließlich 87 Annalen des Oberhauses.

Bekannt Sanctionirung wurden Sr. Majestät unterbreitet: 75 Gesetzesentwürfe.

Davon wurden 26 im Jahre 1869 und 46 im Jahre 1870 sanktionirt.

Nach diesen statistischen Daten wird das geehrte Haus es mir wohl gestatten, einiges über die diesjährige Thätigkeit der Legislative zu sagen. (Hört, Hört!)

Das Budget für 1869 und 1870 und die verschiedenen Steuergesetze welche bei dieser Gelegenheit mit aller Ausführlichkeit beraten wurden, die Prüfung der Schlußrechnungen von 1868 und die Errichtung des Staatsrechnungshofes werden in der Finanzgeschichte unseres Vaterlandes eine neue Periode bezeichnen, insofern sie den Ausgangspunkt zu einer geregelten Verwaltung des Staatshaushaltes bilden.

Der G. rechnungshofes, Hände die pin zu überwandern. Es ist besonders bei und Bälminar für 14,766,942 fl. Es wird a) Dabent b) außerord c) außerdem Nachtrag Die Aufgabe Bedingung: a) ordentlich b) außerord

Die Hand deutschen Zölle fürstenthümen, schlossen und de nur die Indus von seiner euro Zur Ertionist die Gei 1.) Ueber die Nadaber, 4) 6.) über die die Battafest 10) über die eines Post- u Botirt un zwischen Pest über die Regul Dne 3 wird, doch sche angelangt sind, Unterjuchung i Sanktion 1. Das Gese über die gung der Oerung der Richt Wahrlid der Reglittioe vielem flitoe entwürfe; 1. über über die Gerid recht, 6. über über die Penio 10. über die Be Prügelstrafe u eine der ersten Zur Hb Prälminar für haus aber, vor für den gleichen auf dem fortichr Freiheit legen u bildung wurzelt. Ich komm Diese flit der Finanzm hier bisher zwar no reitwilligkeit bei die auch eine sicht fielt. Eine noch nannten wurde (Unruhe auf de über den diebzog daß Ungarns al Regierung angep schwere Aufgab möglich gefüllt u Die Lande Jahre 1869 und tigen Rekruten scharitfels NLL: Diese Int sie die dem Ge viel Bereitwillig Aufgabe wird en Auf die ge Vertheiligung uo Augenblicke, wo angufesthen sich Neutralität zu be Stellung in Abt König und sprochen. Die A (Lebhafter Beifal Wahrschein nen wir dieselben zeigen es am eist flitire diese Grä sphen Freude. Besorgt was gegen; ohne Gro frauen auf Got, verlassen, sondern nügen, um ihre digen. (Lebhafter Somit geef Rechnung abgeleg anfrage neutrals E Begiehung ich nic Hauses aufgespro Es eintrig schente Betrauen Wenigkeit, und se auch für die Zuk bewahren zu wolle Somit erkl womit ich begonne

Der O. A. XVIII vom Jahre 1870 über die Errichtung des Staatsrechnungshofes, legt dem Parlament und der Nation die Mittel in die Hände die pünktliche und getreue Verwaltung des Staatsvermögens genau zu überwachen und zu kontrollieren.

Es ist dies geehrtes Haus! eine große und wichtige Aufgabe, die besonders bei uns mit so größerem Eifer geübt werden muß, wo in dem Präliminar für 1870 die Ausgaben, die Bedeckung um die Summe von 14,766,942 fl. überschreiten.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'a) Ordentliche Ausgaben', 'b) außerordentliche Ausgaben', 'Die Ausgaben pro 1870 betragen also', 'Bedeckung', 'a) ordentliche Einnahmen', 'b) außerordentliche Einnahmen', 'Zusammen', 'Defizit'.

Die Handels-, Zoll-, Telegraphen-, und Postverträge, welche mit dem deutschen Zollverein, mit England, Baiern, der Schweiz, den Donaufürstenthümern, dem Nordbunde, ferner mit Siam, China und Japan geschlossen und dem Hause zur Genehmigung vorgelegt wurden, heben nicht nur die Industrie — und Handels-Interessen Ungarns, sondern zeugen auch von seiner europäischen Nachstellung (Beifall).

Zur Erleichterung und Entwicklung der Kommunikation wurden sanctionirt die Gesetzentwürfe:

- 1.) Ueber die ung. Westbahn, 2.) über die galizische, 3.) über die Páncso-Nababder, 4.) über die Gmünder, 5.) über die Valsana-Perjamoser, 6.) über die Nitregyhas-Ungvárs, 7.) über die Gfegg-Spelter, 8.) über die Vattafel-Zakáner, 9.) über die St. Peter-Kumaner Eisenbahn, 10.) über die Abführung der Kettenbrücke und 11.) über die Errichtung eines Post- und Telegraphengebäudes in Pest.

Botirt wurden ferner die Gesetze 1.) über die Regelung der Donau zwischen Pest-Oden, 2.) über die Regelung der Temes und Béga und 3.) über die Regulierung des Franzosenkanals.

Ohne Zweifel schöne Erfolge, welche die Nation freudig begrüßt wird, doch scheint es, geehrtes Haus! daß wir nunmehr an dem Punkte angelangt sind, wo die Nation in Einkunft nur bei ernster Prüfung und Unerforschung ihrer Fähigkeiten fortfahren darf. (Lebhafter Beifall).

Sanctionirt wurden ferner folgende Zusätze:

- 1. Das Gesetz über die Ausübung der richterlichen Gewalt, 2. das Gesetz über die prov. Errichtung der Finanzgerichte, 3. über die Promulgation der Gesetze, 4. über die k. gem. Gerichte und 5. über die Vermehrung der Richter an den Appellationshöfen.

Wahrlich ein ungenügendes Resultat! Obwohl auf diesem Gebiete der Legislative noch zu thun übrig, beweisen die vom Justizminister mit vielem Fleiße ausgearbeiteten und dem Parlamente vorgelegten Gesetzentwürfe:

- 1. über die Richter erster Instanz, 2. über die Friedensrichter, 3. über die Gerichtsreferenten, 4. über die k. Anwälte, 5. über das Jagdrecht, 6. über das Erwerbsrecht, 7. über die kleineren k. Pachtungen, 8. über die Pensionierung der Richter, 9. über die Verantwortlichkeit der Richter, 10. über die Verantwortlichkeit der Staatsbeamten, 11. über die Aufhebung der Prügelstrafe und noch zahlreiche andere Gesetzentwürfe, die zu erledigen eine der ersten Aufgaben, der nächsten Session sein wird. (Beifall).

Zur Hebung des Volkswinterthums, nahm der Minister schon in das Präliminar für 1870 eine weit höhere Summe auf; das Abgeordnetenhause aber, votirte noch überdies die Summe von nahezu einer Million für den gleichen Zweck. Eine heilsame Richtung, ein günstiger Anfang, auf dem fortschreitend die Legislative den Grund jener gesunden bürgerlichen Freiheit legen wird, welche in der religiösen Moralität und geistigen Ausbildung wurzelt.

Ich komme nun zu unseren Angelegenheiten.

Diese stießen nach dem Ausgleich mit Kroatien und Slavonien in der Kumaner Frage auf große Schwierigkeiten, welche ganz zu befeitigen, bisher zwar noch nicht gelang; doch hat auch diese Frage, durch die Bereitwilligkeit beider Legislativen eine vorläufige günstige Beilegung erhalten, die auch eine definitive günstige Regelung der Frage in gewisse Aussicht stellt.

Eine noch weit schwierigere und wichtigere Frage als die bisher genannten wurde auf diesem Gebiete gelöst: die Regelung der Municipien. (Unruhe auf der äußersten Linken.) Wie abweichend auch die Ansichten über den diesbezüglichen Gesetzentwurf sein mögen, darin stimmen alle überein, daß Ungarns alte, aber veraltete Institutionen der neuen parlamentarischen Regierung angepaßt werden müssen. Das ist eine so große und folgenschwere Aufgabe, daß im Voraus ein richtiges Urtheil über dieselbe unmöglich gefällt werden kann. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Landesverteidigung! Zur Sicherheit der Monarchie wurden im Jahre 1869 und 1870 die zur Ergänzung der gemeinsamen Armee nöthigen Rekruten bewilligt, die Honvédschaft aber wird im Sinne des Gesetzentwurfes N. 1: 1868 eifrig organisiert.

Diese Institution schlägt schnell Wurzel in unserem Volke, weil sie die dem Gemüthe deselben entspricht; andererseits wird dieselbe mit so viel Bereitwilligkeit und Geschäftlichkeit organisiert, daß sie ehrenvoll ihrer Aufgabe wird entsprechen können.

Auf die gemeinsame Armee und die Honvédschaft, stütze sich die zur Verteidigung nach Außen geeignete Organisation. Monarchie und in diesem Augenblicke, wo zwei mächtige Nationen einen Kampf auf Leben und Tod auszufechten sich anschicken, schöpft sie aus dieser ihre Kraft, um die strengste Neutralität zu bewahren und diese, ihrem Interesse zumeist entsprechende Stellung in Achtung zu erhalten. (Lebhafter Beifall).

König und Nation haben sich für die strengste Neutralität ausgesprochen. Die Armee und die Honvédschaft werden diese Neutralität sichern. (Lebhafter Beifall).

Wahrscheinlich gehen wir großen Ereignissen entgegen. Geübt können wir dieselben ruhiger erwarten und die Beratungen der jüngsten Tage zeigen es am ehesten, daß die Einigkeit hier herrscht, ich aber konstatire diese Erscheinung an dieser Stelle mit der aufrichtigsten patriotischen Freude.

Besorgt zwar, aber darum ruhig blicken wir deshalb der Zukunft entgegen; ohne Großsprecherei, aber auch ohne Furcht, lediglich mit dem Vertrauen auf Gott, der Jene nicht verläßt, die ihre gerechte Sache allein nicht verlassen, sondern die ihnen verbleibenden Kräfte und Fähigkeiten dazu benutzen, um ihre gerechten Forderungen aufrecht zu erhalten und zu verteidigen. (Lebhafter Beifall).

Somit geehrtes Haus! habe ich über die Wirksamkeit dieser Session Rechnung abgelegt, habe die Hauptpunkte ihrer Wirksamkeit skizzirt, sowie unsere neutrale Stellung den europäischen Ereignissen gegenüber, in welcher Beziehung ich nicht nur die Ansichten einer Partei, sondern die des ganzen Hauses ausgesprochen zu haben glaube. (Beifall).

Es erübrigt noch, daß ich mit einigen Worten, für das mir geschenkte Vertrauen danke; allein in den großen Ereignissen verschwindet meine Wenigkeit, und so bitte ich die Mitglieder des geehrten Hauses nur, mir auch für die Zukunft und in der nächsten Session ihr kostbares Vertrauen bewahren zu wollen.

Somit erkläre ich die Sitzung für geschlossen und schließe meine Rede, womit ich begonnen.

Obst erhalte unseren erhabenen König! (Donnerndes Geseh), er erhalte unsere geliebte Königin (Sümmliches), langanhaltendes Geseh) und segne Ungarn und seine Völkerverwandten Kroatien und Slavonien. (Lebhafte Geseh.) Und nun bitte ich die geehrten Herren Abgeordneten noch zu einer geschlossenen Sitzung zurückzukehren.

Schluß der Sitzung 11 Uhr.
Nächste Sitzung morgen Vormittag 10 Uhr.

Inland.

Kronstadt, 2. August. (Von der Kofel bis zur Burgen.) Friede sei mit euch! schallt es seit 2000 Jahren und Krieg wird geführt während der ganzen Zeit. Und das Wort nicht angemessen verkündigt, daß es wie der Tropfen noch nicht die Herzen von Steine ausgehöhlt hat, oder ist es vielleicht nicht angemessen der menschlichen Natur? Der Mensch ist ein Raubthier, lesen wir in der Naturgeschichte und der Mensch ist ein Raubthier sagt uns das Manifest: Preußen wollte uns keine Garantie geben, daß je ein Hohenzollern den spanischen Thron nicht bestige u. s. w. Da stützen denn wieder Millionen von Ebenbildern Gottes auf einander und geräuschen sich. Sind denn diese Millionen in ihrer Existenz bedroht? Nichts weniger! Zwei oder vier Individuen aus ihrer Mitte verlieren im Rang einige gelbene Plüster vom Kopf oder von den Schultern; Grund genug damit so viele Tausende von Köpfen und Schultern zerlegt werden. Oder sollte es vielleicht den Regierungen von Frankreich und Preußen annehmlich sein, wenn dem Volk ein wenig zur Aber gelassen wird (ein wenig stark), denn es war schon zu üppig in der letzten Zeit, fast glaubte es, der König sei wegen ihm da und nicht die Millionen dem König zu lieb. Und der Zauber mit welchem das gute Volk zur Schlachtbank geführt wird, ist ein einziges Wort „Nation“. Es ist wohl etwas schändes um das Nationalgefühl; es schwillt einem das Herz, wenn man sich als Preuß (Deutscher) fühlt und sieht, welche riesige Kraft diese Nation entfaltet oder auch die französische, magyrische deren Uebel zu sein, man sich zufällig schmeichelt. Ist aber streng genommen, dies Gefühl nicht etwas bestialisches? Könnte nicht das Kokodil denselben Stolz und dieselbe Kraftgefühl haben, wenn es ein kleineres Thier gesehe.

Wie rührend war es anzusehen, wie heute im Hotel Nr. 1 unter den bedeutungsvollen Klängen der Musik die Officiere mit dem Landwehr-Kommandirenden für Siebenbürgen anstießen; es kam mir aber nicht vor, wie ein heiliges Abendmahl, wie ein Friedensmahl, sondern wie sie mit kummern Ernst der Reihe nach die Gläser an einander stießen, klang es mir wie: Caesar te meritori salutanti. Und doch sollte es in Deisterreich nicht mehr so klingen nach den vielen blutigen Lehren. Wir brauchen keine bewaffnete Neutralität; wenn einmal die Bewaffnung da ist, kann es mit mehr Recht heißen „Bewaffnung zum Kriege.“ Denn, wenn die Minister (aller Länder) nur einmal einen großen Haufen Schlachtfähiger Leute beisammen haben, dann ist der Krieg zu stark; unter zehnmal wird neunmal Krieg. Natürlich! Entweder fällt die Sache gut aus, dann erhält der Minister einen rothen oder grünen Adlerorden; oder sie geht schief dann erhält er eine fetter Person. Das Volk aber erhält in beiden Fällen blutige Köpfe und Schulden zu zahlen. Doch das so präparierte Volk bildet ja eigentlich das beliebte gefügige Regierungsmaterial, falls es nicht wie anno 1790 durch allgütigen Hunger den Verstand verliert und dann allerlei bummle nicht ganz lokale Streiche begeht.

Damit es eben nicht so weit komme, muß jeder wahre Patriot nicht etwa rufen: Deutsche und Magyaren schließt den Reihem, damit das Ministerium getrost Krieg beginnen könne, sondern soll mit den Pariser (schreiben vor einigen Tagen Demonstration mit weißen Fahnen): Soldaten, Aristokratie, das Volk hat Hunger! Es will Brod, nicht Krieg! Wägen immerhin Abmachungen zwischen Frankreich, Italien und zwischen Preußen und Rußland bestehen; wenn Oesterreich auf richtig neutral bleibt (eine bewaffnete ist keine aufrichtige Neutralität); auch haben wir schon jetzt viel zu viel Kanonenfutter), so wird es nicht nur nicht angegriffen, sondern es wird sogar Schlachten gewinnen. Denn für das erischteste Oesterreich (Agio 30) ist jedes Jahr der Ruhe und des Friedens wirksamer und vortheilhafter als zwei gewonnene Schlachten; während jede kostspielige Kriegsrüstung das Reich mehr in seinen Fugen erschüttert als eine verlorene Schlacht. Darum sollte jeder Patriot und jede gute Zeitung so laut sie nur kann, rufen: Keine Anleihe! Keine Kriegsrüstung! Keine bewaffnete, sondern aufrichtige Neutralität!!!

Pest, 2. August. (Candidaten für die Delegation.) In der heute Nachmittags 4 Uhr abgehaltenen Konferenz der Deak-Partei berathete zuerst Jibenyi im Namen des Neuner-Comites über die durch daselbe vereinbarte Liste der Candidaten für die heutige Delegation, welche, nachdem die Liste ihrerseits keine Mitglieder bezeichnet hatte, ausschließlich aus der Mitte der Deak-Partei genommen wurde. Das vorgelegte Namensverzeichnis, welches einhellig bekräftigt wurde, umfaßt folgende Mitglieder, nach dem Alphabet geordnet: Bano, Vitto, Bohus, Bujanovic, Ciota, Daniel Martin, Eber, Emsudt, Hajman, Joannedes, Graf Kalnosy, Baron Gabriel Kemeny, Kubo, Lazar, Drdoby, Petrovay, Pulsky, Prilecky, Baron Rudics, Szell, Szenczey, Graf Franz Sztimay, Szitanyi, Szjogenyi, Szilö, Trefort, Tormaaly, Luy (Samuel), Uermenyi, Wahrmann, Wächter, Baron Wodianer, Graf Joseph Zichy der Ältere, Graf Ferdinand Zichy, Graf Victor Zichy, Jibenyi. Von den croatischen Deputirten: Jancso, Graf Ladislaus Pejacevics, Subaj, Vukovics. Im Ganzen 40 ordentliche Mitglieder. Als Ersatzmänner sind candidirt: Anker (Groat), Alfo Barcay, Bogdan, Graf Butler, Graf Paul Götzerhazy, Fabricius, Jura, Kestmarfy, Daniel Lörö und Urbanovszky. — Nach einer Bemerkung von Baron Jellenbaum, daß man die Altfauchen nicht berücksichtigen hätte, und einer Erwiderung von Deak, daß er eine rechte und linke Seite kenne, aber von einem Unterschied zwischen Alt- und Jungfauchen, die doch nur zur rechten Seite gehören, keine Kenntniß habe, wurden in Folge des getrigen Beschlusses die Stimmgel für die Candidaten zur Wahl der Hausbeamten abgegeben. Nach Countirung derselben, was längere Zeit in Anspruch nahm, ergaben sich mit bedeutender Mehrheit folgende Candidaten: Zu Vice-Präsidenten Vela Vitto und Bela Bergej; zu Notären: Szell, Bujanovic, Jambor, Majlath, Jvackovics und Anker (Groat); zum Quästor des Hauses einstimmig Ladislaus Kovacs; für die drei Mitglieder zur Ergänzung des Finanz-Ausschusses: Drdoby, Trefort und Friedrich Hartanyi. — Ueber diese Candidation wird nach der Donnerstag erfolgten Eröffnung der zweiten Session vielleicht noch Donnerstag, wahrscheinlich jedoch erst Freitag früh abgestimmt, wenn die Auslosung der Sectionen Donnerstag mehr Zeit in Anspruch nehmen sollte.

Pest, 5. August. Sämmtliche Vertreter der noch im Bau begriffenen ungarischen Eisenbahnen wurden telegraphisch nach Wien berufen und ist ihnen gleichzeitig die Weisung zugekommen, dafür zu sorgen, daß innerhalb der kürzesten Frist die Bahnhöfen provisorisch wenigstens zum Transport hergestellt werden müßten. (In der That fand bereits heute Vormittags eine Sitzung der Vertreter der ungarischen Eisenbahnen im Kriegsministerium statt und sollen „bedrückende“ Erklärungen abgegeben worden sein.)

Pest, 6. August. Finanzminister Kerkapoly gedenkt dieser Tage nach Siebenbürgen zu reisen, um sich daselbst seinen Wählern vorzustellen, welche ihn bisher noch nicht gesehen haben. Der Herr Kommunikationsminister v. Orovo ist gestern Nachmittags und der Landeskommandant

*) Sind schöne Gedanken, welche in Gold gefaßt zu werden verdienen, allein sie sind schwer zu verwerthen, inslange — sei es an der Seine, Neva, Serec am Reno oder sonst das — Räuberger und Ausbreiungsgelüste unter dem Ausbängelschilde der Nationalität und anderer Schlagworte eine maßgebende Rolle spielen. D. Red.

rende General der Kavallerie, Baron Sablenz, heute Früh aus Wien zurückgekehrt.

Gram, 6. August. Heute Morgens wurden gegen den Erzbischof Mikhailovics gerichtete, aufregende Plakate an den Straßenecken aufgestellt gefunden. Die Polizei entfernte dieselben.

Wien, 5. August. Sr. Majestät genehmigte die polnische Sprache als Geschäftssprache für die akademischen Behörden an der Krakauer Universität. Wien, 5. August. Das Eintreten Danemarcks in die Aktion ist unmittelbar bevorstehend.

Die Ausgabe für die Befestigungen an der Gunklinie und bei Eperjes ist auf 15 Millionen veranschlagt.

Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Berlin gemeldet, die französische Flotte sei vor Kopenhagen entschlossen begnügt worden.

Der „Wanderer“ meldet: Bulgarien und Bosnien werden 80.000 Mann Besatzung erhalten, wovon 20.000 Mann gegen die griechische Grenze rücken sollen.

General Turr veröffentlicht heute im „Wiener Tagblatt“ ein ausführliches Memoire an Bismarck. Es heißt in demselben: Am 10. und 11. Juni 1866 war Turr bei Bismarck, der ihn beauftragte, dem Kaiser Napoleon zu sagen, er solle Belgien und Luxemburg nehmen. Im Februar 1867 versprach Bismarck gesprächsweise, Ungarn zu helfen, seine Unabhängigkeit zu erringen; für Frankreich wolle Bismarck Alles thun. Napoleon solle in Luxemburg eine Franzosenpartei bilden, Belgien nehmen und bei etwaigem Widerstande werde Preußen die Bajonnette entgegenhalten. Bismarck wisse, daß Turr den Inhalt dieser Gespräche dem Kaiser Napoleon mitgetheilt habe. Im Herbst 1867 besand sich Turr in Belgrad, wo der preussische Konsul Kobareau in Gegenwart des italienischen Konsuls und des Präsidenten Marinovics die Idee entwickelte, Serbien solle Kroatien nehmen, die Russen würden vorrücken und die Preußen über Belgrad nach Wien gehen.

Wien, 6. August. Der „Tagespresse“ wird aus Genf berichtet, Graf Vimercati sei in Metz mit einem Handbuche des Königs von Italien eingetroffen, in welchem der Abschluß einer Offensiv-Allianz zwischen Frankreich und Italien angezeigt wird.

Russland.

Berlin, 5. August. Die Königin erhielt folgende Depesche des Königs: Glänzender, aber blutiger Sieg unter Friedrichs Augen. Ausweggenommenen Kanonen sollen eiserne Kreuze gemacht werden.

Altona, 2. August, Abends. Soeben werden hier gefangen als dänische Agitatoren eingebracht:

Kaufmann Willebrord aus Møgeltondern, Pastor Schmidt, Hofbesitzer Deck und Privatlehrer Ley aus Bisbøe. Sie wurden nach Hannover weiter transportirt.

Bei Friedrichsdorf fand heute ein Probefchießen statt, also rührte das Schießen nicht von der französischen Flotte her.

Mainz, 6. August. König Wilhelm decorirte den Kronprinzen mit dem eisernen Kreuze.

Fredrikshavn, 2. August. Vier französische Panzerschiffe ankern noch zwischen Stagen und Hirtsholme, darunter die „Surveillante“ mit Admiral Willaumez. Sie erwarten dort fernere 19 oder 20 Panzerschiffe. Auch werden hier 80 Transportschiffe mit Landungstruppen erwartet.

München, 4. August. Im Kriegsministerium ist heute Abends eine Depesche des Generalstabschefs der zweiten Armeedivision mit der Meldung eingetroffen, daß die unter dem Befehl des preussischen Kronprinzen stehende Armee über das Corps Mac Mahons einen eclatanten Sieg erfochten habe, woran unsere Bayern ruhmvollen Antheil genommen. Unsere Division bildete die Avantgarde und hatte die Aufgabe, die zu Mac Mahons Corps gehörige Division Douay zu überfallen und zu werfen.

Die Division wurde auseinander gesprengt und zerstreute sich in wilder Flucht. Viele Gefangene wurden gemacht und massenhafte Waffen- und Munitionsvorräthe erbeutet. Während dessen eilte Mac Mahon herbei, und zwischen ihm und der dritten Armee entspann sich ein mehrstündiger blutiger Kampf, bei dem beide Theile große Verluste erlitten. Auf unserer Seite 300 Tode und 800 Verwundete. Mac Mahon zog sich mit seinem Corps schließlich nach Kriebitz und Schleibach zurück.

München, 5. August. Von den bei Weisenburg Gefangenen werden 346 Mann, meistens Turcos, bereits morgen in der Festung Ingolstadt eintreffen. Die Franzosen bewerkten das Eisenbahngebäude von St. Johann bei Saarbrücken mit Granaten.

Paris, 4. August. Das Journal Officiel veröffentlicht eine Depesche Gramont's, welche die Worte Bismarck's citirt, mit welchen letzterer dem Prinzen Napoleon sagte, daß es für Frankreich unmöglich sei, die Rheinprovinzen zu nehmen, die deutsch seien, indem er den Rath ertheilte, Belgien zu nehmen. Graf v. d. Goltz wiederholte dieselben Worte dem französischen Hofe.

Gramont fordert Bismarck auf, zur Unterstützung seiner Insinuationen irgend eine Thatsache beizubringen, und erklärt: Wir haben weder Belgien, noch über einen anderen Gegenstand mit Bismarck irgend welche Unterhandlung eröffnet. Er erinnert daran, daß Frankreich, anstatt den Krieg zu suchen, die Entwaflnung gewollt habe, und beruft sich auf die die Entwaflnung betreffenden Schreiben des Grafen Daru vom 1. und 13. Februar.

Bismarck, indem er die Entwaflnung verweigerte, schützte Furcht vor einer eventuellen Allianz Oesterreichs mit den sächsischen Staaten und Bergoberungs-Velleitenden Frankreichs vor; hauptsächlich aber stellte er die Besorgniß in den Vordergrund, die ihm, wie er sagte, die Politik Rußlands einflöße. Bismarck flocht in diese Erörterung Privatbetrachtungen über den Petersburger Hof ein, die ich lieber mit Stillschweigen übergehen will, da ich mich nicht entschließen kann, diese verletzenden Insinuationen wiederzugeben.

Wenn demnach Europa bewaffnet bleibt, wenn eine Million Menschen daran sind, auf den Schlachtfeldern zusammenzuhoßen, so ist Preußen dafür verantwortlich. Welches immer die Verleumdungen Bismarck's sein mögen, so sind wir ohne Furcht. Bismarck hat das Recht auf Glauben verloren.

Lokal- und Tagesnachrichten.

Hermanstadt, 8. August. — Wie man uns mittheilt, hat gestern die Gemeinde Großpold zum Schutze des Schutzes ihres Waldeigentums gegen die Gemeinde Rod beim Comitiate um Militärassistenz nachgesucht. Es heißt, dieselbe soll bewilligt und eine Abtheilung des in Olath stationirten Jägerbataillons nach Großpold beordert worden sein. — Das hier stationirte Honvédbataillon wird in den nächsten Tagen nach Talmacs, Boicza und Westen verlegt.

Stadt-Theater in Hermannstadt. Heute Montag, den 8. August: Zum Vortheile des Schauspielers Josef Glöckl. Zum ersten Male:

König Richard der Dritte. Tragödie in fünf Acten von William Shakespeare. Heute Montag, den 8. August: Abschieds-Soirée!

Im Volksgarten humoristisches Lachfränzchen, der Pester Singpielgesellschaft Neumann. Mit ganz neuem Programm. Bei ungünstiger Witterung findet die Soirée im neuen Pavillon statt. Anfang 8 Uhr. — Entrée frei.

